

BZS Info = OFPC Info = UFPC Info

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **39 (1992)**

Heft 10

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

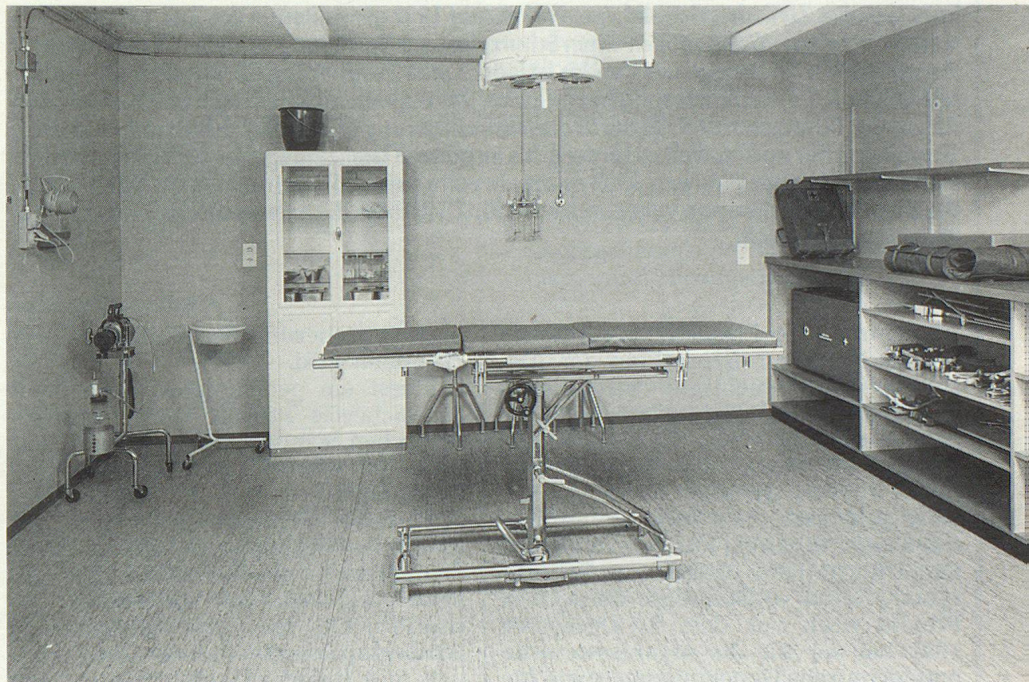
<http://www.e-periodica.ch>

Neue Planungsrichtlinien des BZS

Weniger Schutzbauten im sanitätsdienstlichen Bereich

ssg. Um den Finanzrahmen des Bundes bei der Umsetzung des Leitbildes einzuhalten, hat der Bundesrat auf 1. Juni 1992 das Soll für den Bau von sanitätsdienstlichen Anlagen des Zivilschutzes von 2 auf 1,5% gesenkt (je 0,5% Sanitätsposten, Sanitätshilfsstellen und geschützte zivile Basisspitäler). Aufgrund dieser Änderung hat das Bundesamt für Zivilschutz zuhanden der kantonalen Ämter für Zivilschutz Übergangsregelungen und Richtlinien im Bereich der Projektierung und Planung erlassen.

Für bereits genehmigte Vorprojekte von Schutzbauten des Sanitätsdienstes, deren vollständiges, definitives Projekt noch vor dem 31. Dezember 1992 beim Bundesamt für Zivilschutz eingereicht wird, werden im Rahmen des bisherigen Sanitätsdispositives die Bedarfsnachweise anerkannt und die Bundesbeiträge zugesichert. Für alle übrigen Projekte von Schutzbauten des Sanitätsdienstes kann der Bundesbeitrag nur noch im Rahmen der neuen Sollvorgaben zugesichert werden. An genehmigte und zugesicherte definitive Projekte werden Bundesbeiträge ausgerichtet, sofern mit deren Bau innert zweier Jahre nach Zusicherung des Bundesbeitrages begonnen wird. Die Planungskosten genehmigter Vorprojekte bzw. definitiver Projekte von Schutzbauten des Sanitätsdienstes, welche wegen der geänderten Verordnungsartikel und der neuen Sollvorgaben nicht ausgeführt werden, gelten nach Anerkennung durch das BZS als beitragsberechtigte Mehrkosten. Die Planungskosten selbst sind anhand belegter Unterlagen auszuweisen.



Die Herabsetzung der Sollzahlen im sanitätsdienstlichen Bereich um ein halbes Prozent hat Auswirkungen auf die Dispositive.

Richtlinien für die Erstellung von Schutzbauten des Sanitätsdienstes

Planungskriterien

Ein Planungsraum besteht nach Entscheidung des Kantons aus einer festzulegenden Anzahl Gemeinden, die insgesamt 25 000 bis 300 000 ständige Einwohner umfassen.

Städte und Agglomerationen sollen zur Erhaltung einer möglichst grossen Flexibilität für die Planung und Erstellung von Schutzbauten des Sanitätsdienstes nicht unterteilt werden.

Gemeindeverbände als Trägerschaften von Spitälern sowie Bezirksgrenzen können nach Entscheidung des Kantons als Bezeichnung des Planungsraumes mitbestimmend sein. Je 50 000 ständige Einwohner anerkennt der Bund neu als beitragsberechtigigt:

750 Patientenplätze in der Regel zu je einem Drittel in Sanitätsposten, Sani-

tätshilfsstellen, geschützten zivilen Basisspitälern

2 Operationstische in einem geschützten Basisspital: geschützte Operationsstelle

Endbehandlung Notspital oder vertraglich festgelegter Anteil an einem Militärspital (Ausnahmefall)

2 Operationstische «Zwischenstufe» in Sanitätshilfsstellen

Pro etwa 50 000 ständige Einwohner ergibt dies:

- 1 geschütztes ziviles Basisspital zu 248 Patientenplätzen und 2 Operationstischen
- 2 Sanitätshilfsstellen zu 128 Patientenplätzen und 1 Operationstisch
- 8 Sanitätsposten zu 32 Patientenplätzen

Weitere Planungskriterien

Ein Planungsraum enthält mindestens ein gebautes oder vorgesehene geschütztes Basisspital. Er kann auch mehrere Basisspitäler enthalten.

In ländlichen Planungsräumen mit etwa 25 000 ständigen Einwohnern kann ein halbes geschütztes Basisspital erstellt werden. Zusammenlegungen mit Sanitätshilfsstellen sind möglich. Die Grössenordnung von etwa 25 000 ständigen Einwohnern soll nur in begründeten Ausnahmefällen (z.B. im Berggebiet) unterschritten werden. Die Distanzen von den Schutzbauten der Zwischenstufe (Sanitätsposten und Sanitätshilfsstellen) zum nächsten zivilen

Basisspital sind für diese Planung nicht massgeblich.

Regelungen zur Basierung der Patienten in geschützten Basisspitälern von Nachbarkantonen sollen der üblichen Spitalversorgung entsprechend möglich sein.

Ist im Planungsraum auf der Zwischenstufe (Sanitätsposten und Sanitätshilfsstellen) die Sollvorgabe von 1% Patientenplätzen erfüllt, kann das Bundesamt auf Begehren des Kantons den Bau einzelner zusätzlicher Sanitätsposten bewilligen, um allzu grosse räumliche Lücken zu schliessen.

Alle Schutzbauten des Sanitätsdienstes – das heisst auch ältere – sind im sanitätsdienstlichen Dispositiv des Kantons zu belassen, bis ein formeller, vom Bundesamt genehmigter Entscheid «nicht erneuerungswürdig» vorliegt.

Der Bestand an geschützten Patientenplätzen wird demzufolge in einigen Planungsräumen bei Inkraftsetzung dieser Richtlinien über 1,5% liegen.

Umnutzungen (z.B.: alte, kleine Sanitätshilfsstelle wird als Sanitätsposten oder als Schutzraum weiterverwendet) bedürfen der Bewilligung des Bundesamtes (Art. 112 Abs. 1 ZSV) und dürfen sich erst nach dem Entscheid im sanitätsdienstlichen Dispositiv des Kantons auswirken.

Provisorische und behelfsmässige Sanitätsposten gelten als «nicht erstellt». Eine definitive Erstellung solcher Sanitätsposten ist nur noch innerhalb der neuen Planungszahlen beitragsberechtigt. Bei einer allfällig beabsichtigten Umnutzung älterer Sanitätsanlagen oder falls provisorische und behelfsmässige

Sanitätsposten mit ausgeliefertem Material aus dem sanitätsdienstlichen Netz gestrichen werden, ist die Verwendung des Materials vorgängig mit dem Bundesamt zu regeln. Es sind nur Normanlagen gemäss den TWO vorzusehen; als solche gelten auch halbe Basisspitäler. ▣

Öffentlicher Schutzraumbau wird zum Teil verzögert

Bund schränkt ab sofort Beiträge ein

kam. Gemäss Zivilschutzleitbild vom 26. Februar 1992 gilt weiterhin das Ziel, jedem Einwohner in seinem Wohnbereich einen Schutzplatz zur Verfügung zu stellen. In Anbetracht der schlechten Finanzlage des Bundes ist jedoch eine Zusicherung der Bundesbeiträge im bisherigen Rahmen nicht mehr gewährleistet. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, den Abbau der Schutzplatzdefizite durch die Mitfinanzierung öffentlicher Schutzräume in den Gemeinden nur noch soweit zu fördern, bis im ganzen Gemeindegebiet für 90 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung Schutzplätze in vollwertigen Schutzräumen verfügbar sind. Die Kantone erhielten nun vom Bundesamt für Zivilschutz die entsprechenden neuen Weisungen zugestellt.

Ab sofort ist bei Projekten öffentlicher Schutzräume zur Ermittlung der Anzahl beitragsberechtigter öffentlicher Schutzplätze die 90-Prozent-Regelung anzuwenden. Das heisst, dass Gemeinden, die 90 Prozent und mehr Schutzplätze für die ständige Wohnbevölkerung aufweisen, vom Bund keine Beiträge mehr erhalten. Für bereits genehmigte Vorprojekte öffentlicher Schutzräume, deren vollständiges definitives Projekt noch vor dem 31. Dezember 1992 bei der für die organisatorische und technische Genehmigung sowie für die finanzielle Zusicherung zuständigen Genehmigungsinstanz eingereicht wird, werden noch Bundesbeiträge nach bisherigem Recht ausgerichtet.

An genehmigte und zugesicherte definitive Projekte werden die bisherigen Bundesbeiträge noch ausgerichtet, sofern mit deren Bau innert zwei Jahren

nach Zusicherung der Bundesbeiträge begonnen wird.

Umfasst ein genehmigtes, noch nicht zugesichertes Projekt ausser dem öffentlichen Schutzraum noch Schutzanlagen der Organisation und/oder des Sanitätsdienstes, so ist – falls der öffentliche Schutzraum wegen der 90-Prozent-Regelung verkleinert werden müsste – mit den zuständigen Genehmigungsinstanzen abzuklären, ob eine Projektänderung bei vorgegebenem Baubeginn innert nützlicher Frist möglich und finanziell vertretbar ist. Die angefallenen Planungskosten von genehmigten Vorprojekten und genehmigten Projekten, die nicht ausgeführt werden, gelten nach Anerkennung durch die zuständigen Genehmigungsinstanzen als beitragsberechtigter Mehrkosten.

Schutzplutzerhebung

Die Genehmigung von Projekten öffentlicher Schutzräume setzt die Ermittlung des effektiv vorhandenen Schutzplatzangebotes voraus. Dies erfolgt nach den folgenden Kriterien:

Als für die ständige Wohnbevölkerung verfügbare Schutzplätze in vollwertigen Schutzräumen werden jene in folgenden Gebäuden verstanden:

- Wohnhäuser
- Ferienhäuser (50 % der Schutzplätze)
- Hotels, Ferienlager
- Restaurants, Unterhaltungslokale (Kinos, Theater usw.), Schulen, Unterrichts- und Versammlungslokale, Kirchen und Kultusgebäude.

Für die ständige Wohnbevölkerung nicht verfügbare Schutzplätze in voll-

wertigen Schutzräumen zählen jene in folgenden Gebäuden:

- Spitäler und Heime
- Büros und Verwaltungsgebäude
- industrielle und gewerbliche Betriebe (Fabriken, Werkstätten)
- Läden, Warenhäuser
- Lagergebäude, permanente Ausstellungs- und Messegebäude.

Mit Ausnahme der Schutzplätze in den Spitälern und Heimen zählen die Schutzplätze in den zuletzt genannten Gebäuden zu den Schutzplätzen im Arbeitsbereich. Diese Schutzplätze werden deshalb in der Schutzplatzbilanz nicht mitgezählt. Umfassen die Gebäude einen Anteil an Schutzplätzen, der für den Wohnbereich bestimmt ist, muss dieser ausgeschieden und in die Schutzplatzbilanz einbezogen werden.

Ständige Wohnbevölkerung

Unter «ständiger Wohnbevölkerung» versteht man:

- Schweizer Bürger (ohne Abzug der Wehrmänner und der Schutzdienstpflichtigen)
- niedergelassene Ausländer
- internationale Funktionäre.

Als Berechnungsgrundlage ist die Zahl der Einwohner (Wohnbevölkerung) zum Zeitpunkt der Planung anzuwenden.

Schutzplatzbilanz

Massgebend für die Schutzplatzbilanz sind die im Wohnbereich verfügbaren vollwertigen Schutzräume.

Für die Ermittlung des eigentlichen Schutzplatzbedarfs ist der Zahl der ständigen Wohnbevölkerung folgender Zuschlag hinzuzurechnen:

- 12 Schutzplätze für Standorte von Leitungen der Zivilschutzorganisationen ohne Blöcke
- 12 Schutzplätze je Blockleitung
- Anzahl Schutzplätze für fehlende Personal-Liegestellen in TWO-Anlagen.

Das Total an Schutzplätzen aus Zusammenlegungsbeiträgen (Art. 2 Abs. 4 Baumassnahmegesetz) ist dem Total vorhandener Schutzplätze hinzuzuzählen. ▣

NEUKOM 

**Mobiliar für
Zivilschutzanlagen
und
Militärunterkünfte**

Beratung – Planung – Ausführung

H. Neukom AG
8340 Hinwil-Hadlikon
Telefon 01/938 01 01

Übergangsregelungen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Betriebsschutzorganisationen

Es gibt nur noch eine Zivilschutzorganisation

amk. Gemäss Zivilschutzleitbild wird ab 1995 auf die Dreiteilung der Zivilschutzorganisationen in Schutzraumorganisationen, Betriebsschutzorganisationen und örtliche Schutzorganisationen verzichtet; an ihre Stelle tritt neu die Zivilschutzorganisation als einheitliche Organisation. In Zusammenhang mit der Aufhebung der Betriebsschutzorganisationen, die künftig in die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden integriert werden, hat das Bundesamt für Zivilschutz verschiedene Übergangsregelungen erlassen.

Die Schutzraumorganisationen werden mit der Inkraftsetzung der revidierten Zivilschutzgesetze ab 1995 zum Bevölkerungsschutzdienst umgestaltet, die Betriebsschutzorganisationen aufgehoben. Der Bevölkerungsschutzdienst hat insbesondere den Schutz der Bevölkerung im Wohnbereich, aber auch den Schutz von Belegschaften im Arbeitsbereich sicherzustellen. Er gehört auch in Zukunft zu den zentralen Aufgaben des Zivilschutzes. Der Schutz der Belegschaften im Arbeitsbereich einerseits und die Werksicherheit andererseits werden jedoch in Zukunft getrennt betrachtet. Zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Tätigkeiten sind für den Schutz von Belegschaften weiterhin Schutzbauten im Arbeitsbereich nötig; auf die Zuweisung von Schutzplätzen im Arbeitsbereich an die Wohnbevölkerung wird grundsätzlich

verzichtet. Das Treffen von Massnahmen wie Überwachung, Brandbekämpfung usw. zur Werksicherheit ist Sache des Betriebes und fällt nicht unter die Zivilschutzgesetzgebung. Für diese Aufgaben werden nötigenfalls schutzdienstpflichtige Betriebsangehörige freigestellt.

Alle Betriebe erfasst

Die Neuregelung im Rahmen der Zivilschutzreform betrifft grundsätzlich alle Betriebe, d.h.

- die bisher pflichtigen Betriebe
 - die Betriebe gemäss ZSBV
 - die bisher nicht pflichtigen Betriebe.
- Die Betriebe werden in die Struktur der Zivilschutzorganisationen integriert. Dabei können grössere Betriebe im Einvernehmen mit dem Kanton und der Gemeinde einen oder mehrere Blöcke, im Einzelfall ein Quartier, bil-

den. Für den Schutz der Belegschaften im Arbeitsbereich werden keine zusätzlichen Einsatzformationen gebildet.

Die Gliederung richtet sich nach der Grössenordnung, bezogen auf die Anzahl der vorhandenen vollwertigen Schutzplätze im Betrieb:

- grundsätzlich ein Schutzverantwortlicher auf 75–125 Schutzplätze
- etwa 500 Schutzplätze bilden einen Block
- etwa 5000 Schutzplätze bilden ein Quartier.

Als Ziel wird angestrebt, jedem Einwohner in seinem Wohnbereich einen Schutzplatz anzubieten; zusätzlich werden für einen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung Schutzplätze im Arbeitsbereich bereitgestellt.

Zu den Schutzplätzen im Arbeitsbereich zählen grundsätzlich jene in folgenden Gebäudearten (Art. 3 Schutzbautenverordnung):

- Büros und Verwaltungsgebäude
- industrielle und gewerbliche Betriebe (Fabriken, Werkstätten)
- Läden, Warenhäuser
- Lagergebäude, permanente Ausstellungs- und Messegebäude.

Übergangsregelungen

Bis zur Inkraftsetzung der revidierten Zivilschutzgesetzgebung bleiben die durch die Kantone und Betriebsschutzstellen gemäss ZSBV aufgrund der heute gültigen Gesetze zur Bildung einer Betriebsschutzorganisation verpflichteten Betriebe organisationspflichtig. Die Übergangsregelungen sind in einer Beilage zusammengefasst, welche den betroffenen Betrieben zugestellt wird. ▀

Nouvelles directives de planification

Moins de constructions du service sanitaire

ssg. Afin que le plan directeur de la protection civile puisse être appliqué dans les limites du cadre financier de la Confédération, le Conseil fédéral a décidé de réduire, dès le 1^{er} juin 1992, le taux réglementaire des places protégées situées dans les constructions du service sanitaire de la protection civile et réservées aux patients. Ce taux, équivalent jusqu'ici à 2 % de la population résidante, sera désormais fixé à 1,5 % (0,5 % pour les postes sanitaires, 0,5 % pour les postes sanitaires de secours et 0,5 % pour les hôpitaux de base civils protégés). Aussi des directives et des dispositions transitoires concernant l'élaboration de projets et la planification des constructions du service sanitaire ont-elles été édictées par l'Office fédéral de la protection civile à l'intention des offices cantonaux.

Les constructions du service sanitaire dont les avant-projets ont déjà été approuvés pourront bénéficier de subventions fédérales sur la base des besoins découlant du dispositif sanitaire actuel, à condition que les projets com-

plets et définitifs parviennent à l'office fédéral jusqu'au 31 décembre 1992. Pour tous les autres projets de construction du service sanitaire, les subventions fédérales ne seront garanties que dans le cadre des nouvelles ca-

pacités d'accueil. Pour les projets définitifs approuvés et garantis financièrement, les contributions fédérales ne seront versées que si les travaux de construction commencent dans les deux ans suivant l'octroi de la garantie de financement. Les coûts d'élaboration des avant-projets et des projets approuvés mais dont la réalisation est abandonnée suite à l'application des nouveaux taux d'accueil seront assimilés – après que l'OFPC les aura reconnus – à des frais supplémentaires donnant droit à des subventions. Les frais de planification proprement dits devront être justifiés sur pièces écrites.

Directives concernant la réalisation de constructions du service sanitaire

Critères de planification

Les cantons détermineront des secteurs de planification comprenant un certain nombre de communes et dont la popu-



La réduction de 0,5% de la capacité d'accueil des constructions du service sanitaire se répercute sur l'ensemble du dispositif sanitaire.

lation pourra varier de 25 000 à 300 000 habitants permanents.

Il importe de ne pas diviser les villes et agglomérations urbaines afin de conserver un maximum de souplesse en matière de planification et de réalisation des constructions du service sanitaire.

Pour fixer les secteurs de planification, le canton peut tenir compte des districts ou des groupements de communes exploitant des hôpitaux. Pour environ 50 000 résidents permanents, la Confédération accordera des subventions pour

750 lits de patient

répartis à raison d'un tiers dans les postes sanitaires, un tiers dans les postes sanitaires de secours et un tiers dans les hôpitaux de base civils protégés;

2 tables d'opération réservées à la phase terminale des traitements par hôpital de base protégé: (centre opératoire protégé, hôpital de secours ou exceptionnellement une participa-

tion financière, réglée par contrat, à la réalisation d'un hôpital militaire);

2 tables d'opération de l'échelon intermédiaire pour les postes sanitaires de secours.

Pour environ 50 000 résidents permanents, on comptera:

- 1 hôpital de base civil protégé à 248 lits de patient et 2 tables d'opération;
- 2 postes sanitaires de secours à 128 lits de patient et 1 table d'opération;
- 8 postes sanitaires à 32 lits de patient

Autres critères de planification

Chaque secteur de planification comportera un ou plusieurs hôpitaux de base construits ou projetés.

Dans les secteurs de planification ruraux, il est possible de réaliser un demi-hôpital de base protégé et même d'y rattacher un poste sanitaire de secours. Sauf exception, dans les régions de montagne par exemple, un secteur comprendra au moins 25 000 habitants. Les distances séparant les constructions de protection de l'échelon inter-

médiaire (postes sanitaires et postes sanitaires de secours) d'un hôpital de base ne jouent pas un rôle déterminant dans la planification.

Les conventions intercantionales quant à la prise en charge de patients par les hôpitaux de base protégés d'un canton voisin doivent, si possible, correspondre à celles qui sont en vigueur actuellement.

Si, dans un secteur de planification, le nombre de lits de patient dans les postes sanitaires et les postes sanitaires de secours n'atteint que 1 % de la population, les cantons peuvent demander à l'office fédéral d'autoriser la construction de postes sanitaires supplémentaires afin de combler localement d'importantes lacunes.

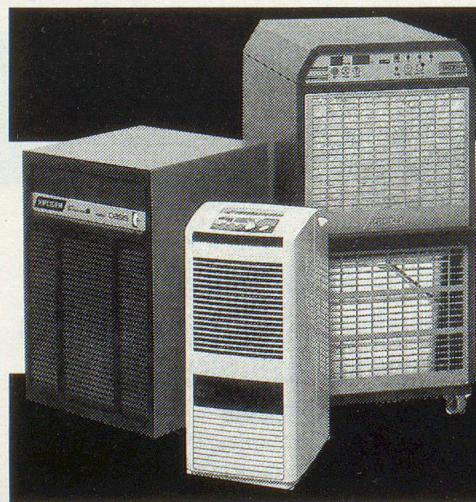
Toutes les constructions sanitaires, même anciennes, doivent être maintenues dans le dispositif sanitaire du canton jusqu'à ce que l'office fédéral les déclare «impropres à une modernisation». Aussi la capacité d'accueil de certains secteurs de planification pourra-t-elle dépasser le taux de 1,5 % au moment de l'entrée en vigueur de ces directives.

Les changements d'affectation (par exemple l'utilisation d'un ancien petit poste sanitaire de secours comme poste sanitaire ou comme abri) doivent être approuvés par l'office fédéral (art. 112, 1^{er} alinéa, de l'OPCI) avant d'être admis dans le dispositif cantonal.

Les postes sanitaires de fortune ou provisoires sont réputés «non réalisés». Leur réalisation définitive ne bénéficiera de subventions fédérales que dans le cadre des nouveaux quotas.

Lorsqu'il est prévu de changer l'affectation d'anciennes constructions ou de désaffecter des postes sanitaires provisoires ou de fortune, il y a lieu de consulter l'office fédéral quant à l'utilisation du matériel dont ils sont équipés.

Les nouvelles constructions, y compris les demi-hôpitaux de base, seront réalisées selon les normes ITO. ▢



Finis les dégâts dus à l'humidité! Déshumidification

A la cave, à l'entrepôt, dans l'appartement, les installations industrielles ou de la protection civile, les appareils à condensation Krüger sont d'un fonctionnement sûr, entièrement automatique et économique!

Demandez notre documentation détaillée!

Krüger + Cie.

1606 Forel, Tél. 021/781 27 91
Succursales: Degersheim SG, Dielsdorf ZH,
Weggis LU, Grellingen b. Basel, Münsingen BE,
Samedan GR, Zizers GR, Gordola TI

✂
Veuillez m'envoyer une documentation détaillée sur votre programme de déshumidificateurs:

Nom: _____

Rue: _____

NPA/Lieu: _____

à retourner à Krüger + Cie., 1606 Forel

KRÜGER

depuis 60 ans

Ralentissement de la construction d'abris publics

La Confédération réduit ses contributions financières

kam. Un des objectifs du nouveau plan directeur de la protection civile du 26 février 1992 consiste, comme par le passé, à offrir à chaque habitant une place protégée à proximité de son domicile. Malheureusement, la mauvaise situation financière de la Confédération ne permet plus d'allouer les subventions selon les critères en vigueur jusqu'ici. C'est pourquoi le Conseil fédéral a décidé de ne participer au financement de nouveaux abris publics que dans la mesure où la commune ne dispose pas encore, sur son territoire, du nombre de places protégées – situées dans des abris dits de pleine valeur – nécessaire pour accueillir 90% de ses habitants. Les cantons viennent de recevoir de l'Office fédéral de la protection civile des instructions à ce sujet.

Ainsi, pour tout projet d'abri public, le nombre de places protégées subventionnées sera-t-il désormais déterminé par un taux correspondant à 90% des habitants de la commune. En d'autres termes, les communes disposant de places protégées ventilées pour 90%, ou plus, de leur population ne bénéficieront plus de contributions fédérales. En ce qui concerne les avant-projets d'abris publics qui ont déjà été approuvés et dont le projet définitif complet parviendra avant le 31 décembre 1992 aux organes chargés de les approuver du point de vue organisationnel, technique et financier, des subventions seront encore versées conformément à la réglementation en vigueur jusqu'ici.

Quant aux projets définitifs d'ores et déjà approuvés et garantis financièrement, ils ne bénéficieront des subventions fédérales allouées que si les travaux de construction commencent dans les deux ans suivant l'octroi de la garantie de financement.

Si un projet approuvé, mais non encore garanti sur le plan financier, comprend, en plus de l'abri public, des constructions de protection des organismes ou du service sanitaire, il faudra consulter les organes compétents en matière d'approbation dans la mesure où la taille de l'abri public devrait être réduite suite à l'application de la règle des 90%. Ces organes détermineront si une modification du projet est possible dans un délai raisonnable et supportable financièrement.

Les coûts d'élaboration des avant-projets et des projets approuvés, mais dont la réalisation est abandonnée, sont assimilés à des frais supplémentaires donnant droit à des subventions.

Recensement des places protégées

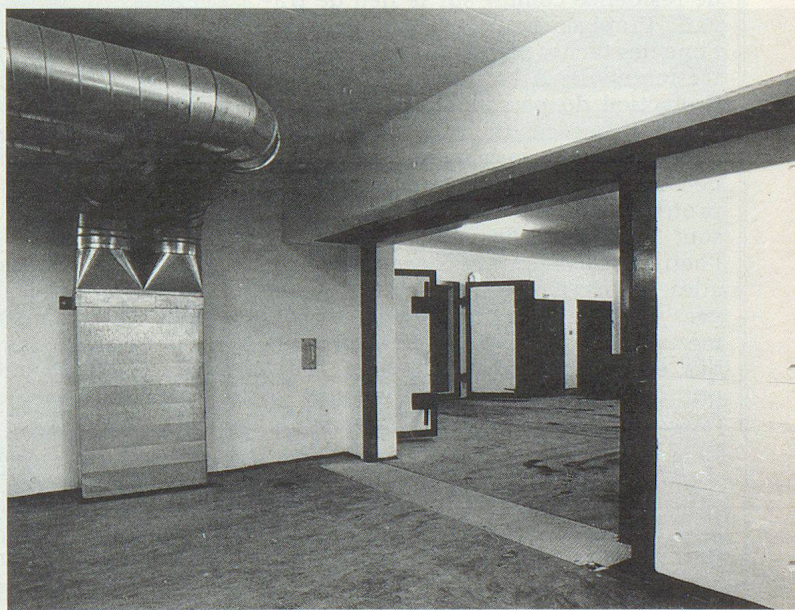
Le recensement des places protégées, une des conditions requises pour l'approbation des projets d'abris publics, doit être effectué selon les critères suivants:

Pour la population résidente permanente, on prendra en considération les

places protégées situées dans les abris de pleine valeur des immeubles suivants:

- maisons d'habitation
- maisons de vacances (à raison de 50% des places disponibles)
- hôtels, camps de vacances
- restaurants, locaux de divertissement (cinémas, théâtres, etc.), écoles, locaux d'instruction et de réunion, églises et bâtiments destinés au culte

A l'avenir, la Confédération ne subventionnera plus la construction d'abris publics dans les communes disposant déjà de places protégées pour 90% de leurs habitants.



Les places protégées situées dans les abris des immeubles suivants ne seront pas prises en considération pour la population résidente permanente:

- hôpitaux et homes
- bureaux et bâtiments administratifs
- entreprises industrielles et artisanales (fabriques, ateliers)
- magasins de vente au détail, grands magasins
- entrepôts, bâtiments d'exposition permanente ou de foire

Ces places sont considérées comme des places situées sur le lieu de travail, à l'exception de celles qui sont situées dans les hôpitaux et les homes. Elles ne seront pas prises en considération dans

l'inventaire. On tiendra néanmoins compte des places destinées à la population qui peuvent éventuellement être comprises dans l'abri de l'un des immeubles mentionnés ci-dessus.

Population résidente permanente

La population résidente permanente comprend

- les citoyens suisses (y compris les personnes astreintes à servir dans l'armée et la protection civile);
- les étrangers au bénéfice d'un permis d'établissement;
- les étrangers au bénéfice d'un permis de séjour à l'année;
- les fonctionnaires internationaux.

On prendra comme base de calcul la population résidente au moment de l'élaboration du projet de construction.

Inventaire des places protégées

Le recensement des places protégées disponibles pour la population permettra d'établir un inventaire.

Pour chiffrer le besoin réel en places protégées, il faut ajouter au nombre d'habitants permanents

- 12 places protégées par emplacement réservé à la direction locale des organisations de protection civile dépourvues d'îlots;

- 12 places protégées par direction d'îlot;

- le nombre de places protégées nécessaires pour pallier le manque de lits du personnel affecté aux constructions conformes aux ITO.

Les places protégées réalisées avec les contributions de rachat dans des abris communs, conformément à l'article 2, 4^e alinéa, de la LCPCi, doivent être ajoutées au total des places disponibles. ▣

Réglementation transitoire liée à la suppression des organismes de protection d'établissement

Une seule et même organisation de protection civile

amk. Le plan directeur de la protection civile prévoit de renoncer, dès 1995, à la subdivision de l'organisation de protection civile en organismes d'abri, organismes de protection d'établissement et organisme local de protection. La nouvelle organisation de protection y gagnera en unité. Les organismes de protection seront supprimés en tant que tels et feront à l'avenir partie intégrante de l'organisation de protection civile de la commune. Dans ce contexte, l'Office fédéral de la protection civile a promulgué diverses dispositions transitoires.

Dès l'entrée en vigueur des nouvelles lois sur la protection civile, c'est-à-dire dès 1995, les organismes de protection d'établissement seront supprimés et les organismes d'abri transformés en service de protection de la population. Ce dernier devra en particulier assurer la protection des habitants sur leur lieu de résidence comme sur le lieu de travail. Protéger la population demeure l'une des tâches primordiales de la protection civile. A l'avenir cependant, la protection du personnel des établissements et la sécurité des entreprises seront assumées séparément. Lors d'événements graves, les constructions de protection situées sur le lieu de travail sont indispensables au maintien de l'activité économique. Aussi seront-elles, en principe, exclusivement réservées au personnel des entreprises. Les mesures propres à assurer la sécurité des établissements, notamment celles qui concernent la surveillance et la

lutte contre le feu, devront être assurées par les entreprises elles-mêmes et ne seront pas soumises à la législation relative à la protection civile. Si cela s'avère nécessaire, des membres de l'entreprise astreints à servir dans la protection civile seront affectés aux tâches inhérentes à la protection de l'établissement.

Tous les établissements sont concernés

La nouvelle réglementation adoptée dans le cadre de la réforme de la protection civile s'applique en principe à tous les établissements, c'est-à-dire

- aux établissements jusqu'ici tenus de créer un organisme de protection d'établissement;
- aux établissements au sens de l'OPCA;
- aux établissements qui n'étaient jusqu'ici pas tenus de créer un organisme de protection d'établissement.

Les établissements seront intégrés dans

les structures de l'organisation de protection civile. D'entente avec le canton et la commune, les grands établissements pourront former un ou plusieurs îlots, exceptionnellement un quartier. Aucune formation d'intervention supplémentaire ne sera constituée pour protéger le personnel dans l'entreprise. Le fractionnement sera établi en fonction du nombre de places protégées ventilées disponibles dans chaque établissement, à savoir

- 1 poste de responsable de la protection est en principe créé pour 75 à 125 places protégées;
- 500 places protégées forment un îlot;
- 5000 places protégées forment un quartier.

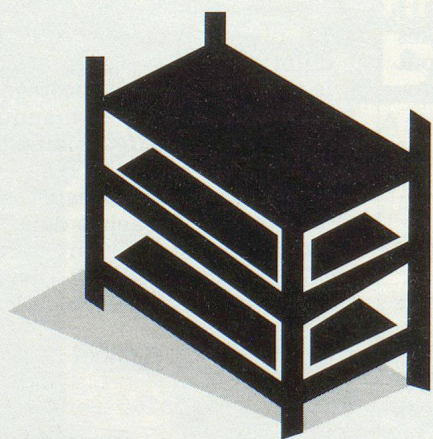
L'objectif est d'offrir à chaque habitant une place protégée située à proximité de son domicile. De plus, des places protégées seront réservées, sur le lieu de travail, à une partie du personnel occupé dans les établissements.

Ces places protégées sont en principe situées dans les bâtiments suivants (article 3 de l'OCPCi):

- bureaux et bâtiments administratifs
- entreprises industrielles et artisanales (fabriques, ateliers)
- magasins de vente au détail, grandes surfaces
- entrepôts, bâtiments d'exposition permanente ou de foire

Réglementation transitoire

Les établissements astreints par les cantons et les offices de protection au sens de l'OPCA à créer un organisme de protection d'établissement en vertu de la législation actuelle continuent d'être soumis à cette obligation jusqu'à l'entrée en vigueur de la nouvelle réglementation. Les dispositions transitoires parviendront prochainement aux établissements concernés. ▣



Überliegen Sie gut

Schutzraum-Liegestellen von BERICO garantieren Wohlbefinden und Sicherheit im Ernstfall. Denn dahinter stehen 40 Jahre Erfahrung in der Entwicklung und Herstellung von Schutzraum-Artikeln.

BERICO - Ihr Partner für Schutzraum-Liegestellen, -Abschlüsse, -Belüftungsanlagen und -Einrichtungen.

BERICO

BERICO AG
8172 Niederglatt
Tel. 01 850 16 11
Fax 01 850 22 44

Nuove direttive dell'UFPC in materia di pianificazione

Riduzione degli impianti di protezione nell'ambito del servizio sanitario

ssg. Al fine di poter rispettare il quadro finanziario della Confederazione nel realizzare il concetto direttivo, il Consiglio federale ha ridotto la capacità regolamentare per la costruzione di impianti del servizio sanitario dal 2 all'1,5 per cento (lo 0,5 per cento per posti sanitari, per posti sanitari di soccorso e per ospedali di base civili protetti), con effetto dal 1° giugno 1992. Sulla base di questa modifica l'Ufficio federale della protezione civile ha emanato delle disposizioni transitorie e delle direttive applicabili nell'ambito della progettazione e della pianificazione, destinate agli uffici cantonali della protezione civile.

Per gli avamprogetti di impianti del servizio sanitario già approvati, saranno riconosciuti i giustificativi della ne-

cessità di costruire e assegnati i sussidi federali nel quadro dell'attuale dispositivo sanitario, sempre che i rispettivi

progetti completi e definitivi vengano inoltrati all'Ufficio federale prima del 31 dicembre 1992. Per tutti gli altri progetti di impianti del servizio sanitario, il sussidio federale potrà essere assegnato unicamente tenendo conto delle nuove prescrizioni relative alla capacità regolamentare. Saranno versati dei sussidi federali per i progetti definitivi approvati a condizione che i lavori di costruzione abbiano inizio entro due anni dall'assegnazione dei sussidi. Se riconosciute tali dall'UFPC, vengono considerate come spese suppletive sussidiabili le spese di pianificazione relative ad avamprogetti risp. a progetti definitivi approvati degli impianti del servizio sanitario che non vengono costruiti a causa delle modificazioni delle ordinanze e delle nuove prescrizioni in materia di capacità regolamentare. Le stesse spese di pianificazione vanno giustificate per mezzo di una documentazione completa. ▀

Direttive concernenti la costruzione degli impianti di protezione del servizio sanitario

Criteri di pianificazione

Sulla base della decisione del cantone, un settore di pianificazione è composto di un numero di comuni ancora da definire, la cui popolazione totale conta da 25 000 a 30 000 abitanti con dimora fissa. Al fine di conservare un massimo di flessibilità in materia di pianificazione e di costruzione degli impianti del servizio sanitario, è opportuno rinunciare alla divisione delle città e delle agglomerazioni. I comuni associati per l'esercizio di ospedali e i confini dei distretti possono, per decisione del cantone, essere determinanti per la delimitazione del settore di pianificazione. Per ogni 50 000 abitanti con dimora fissa circa, la Confederazione sussidia le spese per:

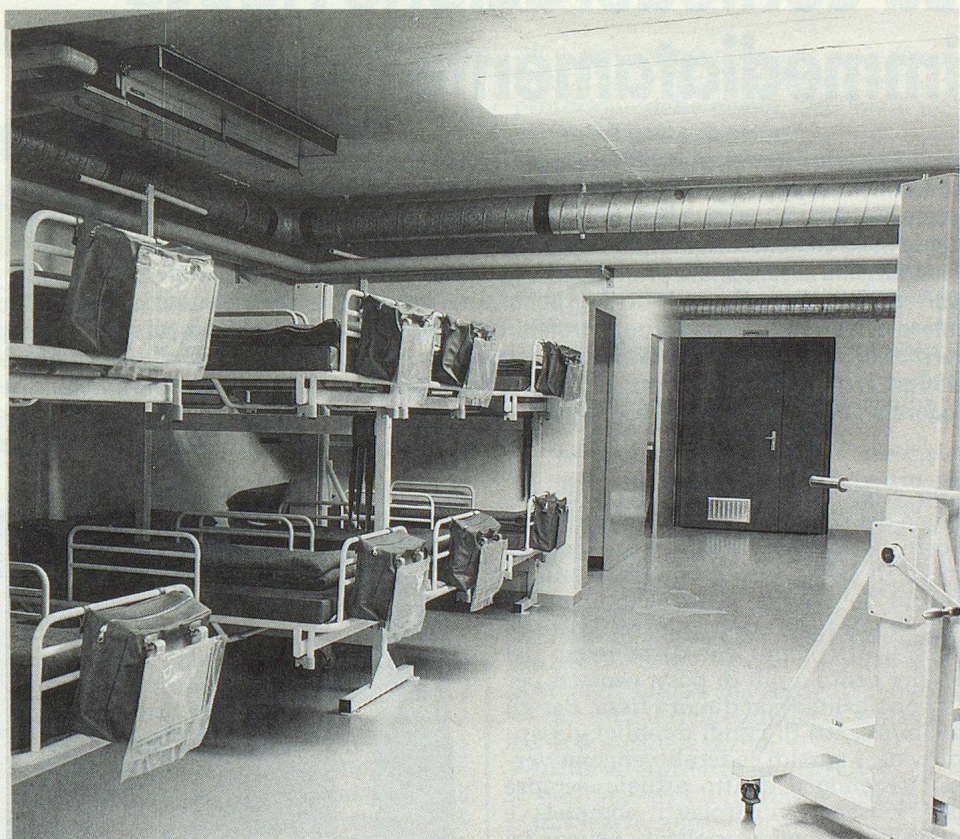
750 posti di pazienti ripartiti, di regola, in ragione di un terzo ciascuno nei posti sanitari, nei posti sanitari di soccorso e negli ospedali di base civili protetti.

2 tavole operatorie per il «trattamento finale» in un ospedale di base protetto: centro operatorio protetto, ospedale di soccorso oppure, eccezionalmente, partecipazione contrattualmente stabilita a un ospedale militare.

2 tavole operatorie «livello intermedio» nei posti sanitari di soccorso.

Per circa 50 000 abitanti, ciò rappresenta:

- 1 ospedale di base protetto, comprendente 248 posti di pazienti e 2 tavole operatorie;
- 2 posti sanitari di soccorso comprendenti ciascuno 128 posti di pazienti e 1 tavola operatoria;
- 8 posti sanitari con ciascuno 32 posti di pazienti.



La riduzione di mezzo per cento della capacità regolamentare nell'ambito del servizio sanitario si ripercuote sui dispositivi.

Altri criteri di pianificazione

Un settore di pianificazione comprende almeno un ospedale di base protetto già costruito o del quale è prevista la realizzazione. Esso può comprendere anche più ospedali di base. Nei settori di pianificazione rurali il cui numero di abitanti con dimora fissa si aggira sui 25 000, è possibile costruire un mezzo

ospedale di base protetto. Inoltre si possono riunire ospedali di base e posti sanitari di soccorso. Ad eccezione dei casi motivati (p.es. nelle regioni di montagna), la popolazione con dimora fissa di un settore di pianificazione non dovrà mai essere inferiore ai 25 000 abitanti circa. Le distanze che separano le costruzioni di protezione del livello in-

termedio (posti sanitari e posti sanitari di soccorso) dal più vicino ospedale di base civile cantonale non sono determinanti al fine della presente pianificazione. Regolamentazioni in merito all'accoglienza di pazienti in ospedali di base protetti di cantoni limitrofi dovrebbero essere possibili in corrispondenza del ricovero usuale di pazienti in ospedali. Se nel settore di pianificazione la quota regolamentare dell'1 per cento di posti di pazienti al livello intermedio (posti sanitari e posti di soccorso) è raggiunta, su richiesta del cantone l'Ufficio federale può autorizzare la costruzione di singoli posti sanitari supplementari allo scopo di colmare le lacune locali eccessivamente grandi. Tutti gli impianti di protezione del servizio sanitario – cioè anche quelli di

vecchia data – devono figurare, come finora, nel dispositivo sanitario cantonale, finché sulla base di una decisione formale accettata dall'Ufficio federale essi non saranno dichiarati «non atti al rimodernamento».

Di conseguenza, con l'entrata in vigore delle presenti direttive, in alcuni settori di pianificazione il numero di posti protetti per pazienti supererà il tasso del 1,5 per cento.

I cambiamenti dello scopo d'utilizzazione (p. es. l'utilizzazione dei posti sanitari di soccorso piccoli e di vecchia data come posti sanitari oppure come rifugi), necessitano dell'autorizzazione dell'Ufficio federale (art. 112 cpv. 1 OPCi) e potranno avere un influsso sul dispositivo sanitario cantonale solo dopo la decisione.

I posti sanitari provvisori e i posti sanitari di fortuna sono considerati come «non realizzati». La loro trasformazione in posti sanitari definitivi dà diritto al sussidio soltanto se il numero dei posti rimane contenuto entro le cifre della nuova pianificazione.

Quando si intenda eventualmente destinare ad altro scopo impianti del servizio sanitario di vecchia costruzione, oppure quando dei posti sanitari provvisori o di fortuna, dotati di materiale, vengono stralciati dalla rete sanitaria, bisognerà preventivamente accordarsi con l'Ufficio federale riguardo all'ulteriore utilizzazione del materiale di cui questi posti sono equipaggiati.

Si devono prevedere soltanto impianti di norma giusta le ITO; lo stesso vale anche per i mezzi ospedalieri. ▣

La costruzione di rifugi pubblici subisce in parte dei ritardi

La Confederazione riduce immediatamente i sussidi

kam. Secondo il concetto direttivo della protezione civile del 26 febbraio 1992, l'obiettivo che si intende raggiungere è ancora quello di mettere a disposizione di ogni abitante un posto protetto nei pressi del suo domicilio. Tuttavia, tenuto conto della situazione finanziaria della Confederazione, non sarà più possibile garantire l'assegnazione di sussidi federali nella misura finora praticata. Per questo motivo il Consiglio federale ha deciso di partecipare al finanziamento di rifugi pubblici nei comuni, che costituisce una misura intesa a ridurre i disavanzi di posti protetti, unicamente fino al momento in cui su tutto il territorio comunale saranno disponibili dei posti protetti in rifugi conformi alle norme per il 90 per cento della popolazione con dimora fissa. Ora i cantoni hanno ricevuto dall'Ufficio federale della protezione civile le nuove istruzioni in merito.

Con effetto immediato, nella preparazione dei progetti di rifugi pubblici occorre mettere a base del calcolo del numero di rifugi pubblici sussidiabili la regola del 90 per cento. Ciò significa che la Confederazione non verserà più sussidi ai comuni che dispongono del 90 per cento e più di posti protetti per la popolazione con dimora fissa. Per gli avamprogetti di rifugi pubblici già approvati, i sussidi federali vengono versati secondo il diritto attuale, sempre che i rispettivi progetti completi e definitivi vengano inoltrati prima del 31 dicembre 1992 all'organo cui competono l'approvazione dal punto di vista organizzativo e tecnico nonché la garanzia finanziaria. Per i progetti definitivi approvati e con garanzia di sussidio, i sussidi federali saranno ancora versati, a condizione che i lavori di costruzione abbiano inizio entro due anni dall'assegnazione dei sussidi.

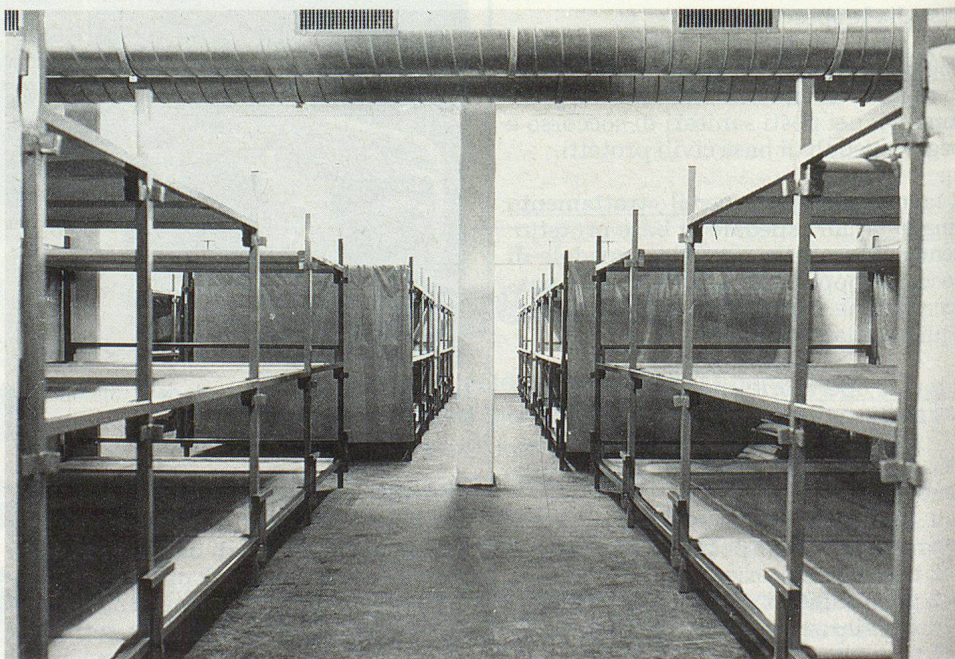
Per quanto concerne i progetti approvati e senza garanzia di sussidio che non hanno per oggetto soltanto il rifugio pubblico ma anche degli impianti

degli organismi e/o del servizio sanitario, occorrerà, qualora fosse necessario ridimensionare il rifugio pubblico in base all'applicazione della regola del 90 per cento, discutere previamente con gli organi d'approvazione competenti, in merito alla possibilità e all'opportunità, dal punto di vista temporale e finanziario, di modificare il progetto mantenendo la data dell'inizio dei lavori di costruzione.

Se riconosciute tali dagli organi d'approvazione competenti, vengono considerate come spese suppletive sussidiabili le spese di pianificazione relative ad avamprogetti approvati e progetti definitivi che non vengono eseguiti.

Calcolo dei posti protetti

I progetti di rifugi pubblici verranno approvati previo accertamento del nu-



I comuni che coprono il 90 per cento dell'effettivo regolamentare di posti protetti, non otterranno più sussidi federali per la costruzione di rifugi pubblici.

mero effettivo di posti protetti, stabilito a partire dai seguenti criteri:

Sono considerati posti protetti in rifugi conformi alle norme attuali a disposizione della popolazione con dimora fissa, i posti protetti situati nei seguenti edifici:

- case d'abitazione;
- case di vacanza (50 per cento dei posti protetti);
- alberghi, colonie;
- ristoranti, luoghi di divertimento (cinema, teatri ecc.), scuole, locali d'insegnamento e di riunione, chiese e edifici di culto.

Non sono considerati posti protetti in rifugi conformi alle norme attuali a disposizione della popolazione con dimora fissa, i posti protetti situati nei seguenti edifici:

- ospedali e case di cura;
- uffici ed edifici amministrativi;
- stabilimenti industriali ed artigianali (fabbriche, officine);
- negozi, grandi magazzini;

- depositi, edifici o padiglioni di esposizione o di fiera permanenti.

I posti protetti situati negli edifici della seconda categoria tranne gli ospedali e le case di cura, fanno parte dei posti protetti nel settore lavorativo. Questi posti protetti non vengono quindi considerati nel bilancio. Se questi edifici comprendono dei posti protetti destinati al settore abitativo, questi ultimi vanno estratti e considerati nel bilancio dei posti protetti.

Popolazione con dimora fissa

La popolazione con dimora fissa comprende:

- i cittadini svizzeri (compresi i militari e le persone tenute a servire nella protezione civile);
- gli stranieri domiciliati;
- i dimoranti annuali;
- i funzionari internazionali.

Bisogna prendere come punto di partenza per il calcolo il numero di abitanti (popolazione residente) al momento della pianificazione.

Bilancio dei posti protetti

Per il bilancio dei posti protetti fanno stato i rifugi conformi alle norme attuali disponibili nel settore abitativo.

Per stabilire il fabbisogno reale di posti protetti, al numero corrispondente alla popolazione con dimora fissa si devono aggiungere:

- 12 posti protetti per le ubicazioni delle direzioni delle organizzazioni di protezione civile senza isolati;
- 12 posti protetti per ogni direzione d'isolato;
- il numero di posti protetti necessario a sopperire alla mancanza di posti letto per il personale attivo negli impianti ITO.

Il totale dei posti protetti risultante dai raggruppamenti (art. 2 cpv. 4 della legge sull'edilizia di protezione civile) va aggiunto al totale dei posti protetti disponibili. ▀

Disposizioni transitorie in vista dell'abolizione degli organismi di protezione di stabilimento

Ci sarà un'unica organizzazione di protezione civile

amk. Secondo il concetto direttivo, a partire dal 1995 si rinuncerà alla tripartizione delle organizzazioni di protezione civile in organismi di rifugio, organismi di protezione di stabilimento e organismi locali di protezione. Al loro posto ci sarà l'organizzazione di protezione civile come organizzazione unitaria. In vista dell'abolizione degli organismi di protezione di stabilimento, che saranno integrati nelle organizzazioni di protezione civile dei comuni, l'Ufficio federale della protezione civile ha emanato diverse disposizioni transitorie.

A partire dal 1995, una volta entrata in vigore la nuova legge sulla protezione civile, gli organismi di rifugio verranno trasformati in un servizio per la protezione della popolazione, mentre gli organismi di protezione di stabilimento verranno eliminati. Il servizio di protezione della popolazione deve garantire in particolare che la popolazione sia protetta nei pressi del domicilio, ma anche che le maestranze trovino protezione nei pressi del posto di lavoro. Anche in futuro la protezione della popolazione rappresenterà uno dei compiti centrali della protezione civile. Tuttavia la protezione delle maestranze nel settore lavorativo sarà separata dalla sicurezza dello stabilimento. Per assicurare l'attività professionale, rimangono necessarie delle costruzioni di protezione nei pressi del posto di lavoro atte a proteggere le maestranze. In linea di massima si rinuncia ad attribuire alla popolazione residente dei posti protetti nel settore lavorativo. Le misure da adottare nell'ambito della sicu-

rezza dello stabilimento, quali la sorveglianza, la lotta antincendio ecc., sono affare dell'azienda e non saranno contemplate nella legislazione relativa alla protezione civile. Se necessario, saranno esonerati i membri dello stabilimento incorporati nella protezione civile, i quali potranno svolgere questi compiti.

Sono interessati tutti gli stabilimenti

Le nuove direttive stabilite nell'ambito della riforma della protezione civile interessano, in linea di massima, tutti gli stabilimenti, vale a dire:

- gli stabilimenti attualmente tenuti ad istituire un organismo di protezione;
- gli stabilimenti secondo l'OPCA;
- gli stabilimenti che finora non erano tenuti ad istituire un organismo.

Gli stabilimenti verranno integrati nella struttura delle organizzazioni di protezione civile. D'intesa con il cantone e con il comune, gli stabilimenti più grandi possono formare uno o più isolati, in casi particolari anche un quar-

tiere. Non verranno create delle formazioni d'intervento supplementari per la protezione delle maestranze nelle vicinanze del posto di lavoro.

La strutturazione verrà eseguita in base alle grandezze, cioè al numero di posti protetti corrispondenti alle norme, disponibili nello stabilimento:

- in linea di principio 1 responsabile della protezione su 75-125 posti protetti;
- circa 500 posti protetti formano un isolato;
- circa 5000 posti protetti formano un quartiere.

L'obiettivo prefissato è quello di offrire ad ogni abitante un posto protetto nei pressi del suo domicilio. Inoltre si intende mettere a disposizione dei posti protetti nei pressi del posto di lavoro, per una parte della popolazione che svolge un'attività professionale.

In linea di massima, questi posti protetti nel settore lavorativo corrispondono a quelli situati nei seguenti generi di edifici (art. 3 dell'Ordinanza sull'edilizia di protezione civile):

- uffici ed edifici amministrativi;
- stabilimenti industriali e artigianali (fabbriche, officine);
- negozi, grandi magazzini;
- depositi, edifici o padiglioni d'esposizione o di fiera permanenti.

Disposizioni transitorie

Gli stabilimenti che, sulla base dell'attuale legge sulla protezione civile, applicata dai cantoni e dagli uffici di protezione di stabilimento secondo l'OPCA, sono tenuti ad istituire un organismo di protezione, lo rimarranno fino al momento in cui entrerà in vigore la nuova legislazione della protezione civile. ▀